



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion

**„Sozialdemokratische Antworten
auf die Finanz- und Wirtschaftskrise“
Rede von Joachim Poß MdB auf Einladung
der SPD Hochsauerlandkreis in Meschede**

18. August 2009

Es gilt das
gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle Krise zeigt einmal mehr, dass nur ein starker Staat den Menschen Schutz vor den ungebremsen Kräften und Verwerfungen des Marktes bieten kann. Wir Sozialdemokraten fühlen uns bestätigt in unseren Warnungen vor den Gefahren eines ungezügeln Raubtierkapitalismus.

Anlass zur Freude bietet dieses „Recht behalten haben“ allerdings nicht: Wir befinden uns wegen der Finanzkrise in einer außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Lage. Trotz erster Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung, bleibt die Lage unübersichtlich: Niemand weiß, wie sich der Arbeitsmarkt – nach den sehr positiven Veränderungen der letzten Jahre – in der nächsten Zeit genau entwickeln wird. Klar ist aber jetzt schon: spurlos wird die Krise nicht vorübergehen.

Verantwortungsvolle Politik muss deshalb jetzt **drei Aufgaben gleichzeitig bewältigen:**

1. Die **akuten Folgen der Krise bekämpfen**. Das heißt zuallererst: Beschäftigung sichern!
2. Die **langfristigen Ursachen**, die mit zu der Krise geführt haben – Stichwort ungezügeln Finanzmärkte bzw. falsche Anreizsysteme für Manager –, müssen beseitigt werden.
3. Verantwortungsvolle Politik muss **Perspektiven aufzeigen** und den Anspruch haben, die folgenden **Fragen zu beantworten**: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Wie gelingt es uns wirtschaftliches Wachstum zu erreichen und Arbeitsplätze zu schaffen, die eben nicht von kurzfristigen Spekulationsgewinnen auf irgendwelchen Finanzmärkten abhängen?

Im Hinblick auf die Bekämpfung der Krise ist es gut, dass in Berlin die Vorschläge von Frank-Walter Steinmeier umgesetzt worden sind. Es wurde mit zwei Konjunkturpaketen **zügig und entschlossen** auf die akute Krise **reagiert, ohne in Aktionismus** zu verfallen:

Nach dem ersten Aufschlag im November 2008 hat Frank-Walter Steinmeier vor allen anderen zu Jahresbeginn ein weiteres umfassendes Konzept zur Stabilisierung der Realwirtschaft und zum Erhalt von Arbeitsplätzen vorgelegt. Dieser Plan war die Grundlage für das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung.

Beide Pakete zusammen haben ein **Volumen von rund 80 Milliarden Euro**. Damit wurde ein Mix von Maßnahmen auf den Weg gebracht, der – neben der notwendigen Stabilisierung der Banken – an drei Punkten gleichzeitig ansetzt, um Beschäftigung zu sichern:

1. **Wir packen an, was** in Städten und Gemeinden lange **liegendeblieben ist**: Schulen, Kitas und Krankenhäuser werden saniert. Das schafft Arbeit für Handwerk und Bauwirtschaft vor Ort. Von der verbesserten Infrastruktur profitieren danach langfristig alle Bürgerinnen und Bürger. Alleine die Stadt Meschede erhält aus diesem Programm über 3,5 Mio. Euro. Unser **Bürgermeisterkandidat Reinhard Schmidt** kann uns nachher vielleicht noch einen Überblick geben, für welche Aufgaben die Mittel verwendet werden. Als langjähriger SPD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt ist er ja auch an den finanzpolitischen Entscheidungen maßgeblich beteiligt. Da ich der Stadt Meschede gerade in dieser schwierigen Zeit einen kompetenten Bürgermeister gönne, wünsche ich an dieser Stelle schon mal Dir, lieber Reinhard, viel Glück für die anstehende Wahl.
2. Zurück zu den Konjunkturpaketen, mit denen wird auch die **Binnennachfrage gestützt** haben und weiter stützen, indem wir Arbeitnehmer, Familien und all diejenigen, die es nicht so dicke haben, finanziell entlasten, um so zusätzliche Nachfrage zu schaffen: Die **Absenkung des Krankenversicherungsbeitrags**, den auch die Rentnerinnen und Rentner zahlen, ist davon nur ein Punkt. Weitere sind: Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen, Erhöhung des Wohngeldes oder der Kinderbonus in Höhe von 100 Euro pro Kind. ausbezahlt. Für die 6- bis 13-jährigen Kinder von Arbeitslosengeld-II-Empfängern gibt es darüber hinaus zusätzlich 430 Euro pro Jahr.
3. Wichtig war es auch, **Anreize zu setzen**, damit die **Betriebe Entlassungen** so weit als irgend möglich vermeiden: Mit der **Umweltprämie für Neuwagen** haben wir die Nachfrage im Automobilsektor angeschoben. Denn Hunderttausende von Arbeitsplätzen bei uns hängen direkt oder indirekt vom Auto ab. Die **Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes** ist verlängert worden, und Unternehmen bekommen darüber hinaus Hilfen, um ihre **Arbeitnehmer** in der Krise im Betrieb **weiter qualifizieren** zu können, statt sie zu entlassen.

Es ist vernünftig, dass der Staat so viel Geld in die Hand genommen hat, um in der Krise gegensteuern zu können: Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nutzt es in der Krise wenig, wenn einige in der Union sich in ordnungspolitischen, theorielastigen Grundsatzdebatten gefallen.

Denn eines zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre ganz deutlich: Arbeitsplätze im industriellen Bereich, die wir in der Krise *einmal* verloren haben, die holen wir auch im nächsten Aufschwung nicht mehr zurück.

Wir können deshalb froh sein, dass wir mit Peer Steinbrück, Olaf Scholz und vor allem mit Frank-Walter Steinmeier Minister im Kabinett haben, **die sich in Zeiten der Krise nicht zögernd vor der Verantwortung wegduckten**, um abzuwarten in welche Richtung wohl der Zeitgeist wehen wird. Unser Kanzlerkandidat macht ohne „wenn und aber“ und ohne doppelten Boden deutlich, wofür er steht. Er bezieht klar Position und gibt die Richtung vor.

Frau Merkel dagegen wartet stets auf die Konzepte der sozialdemokratischen Minister, schießt dann auf die öffentlichen Reaktionen und handelt dann nach der Devise: „Gut geklaut ist halb gewonnen!“

Wir Sozialdemokraten haben eine klare Richtschnur. Für uns war doch schon vor der Krise klar, dass eine Gesellschaft nicht alleine durch Marktmechanismen gestalten werden darf. In der Union dagegen sind zwar viele vorübergehend kleinlaut geworden, aber ein echtes Umdenken ist das bei den meisten nicht. Merkel & Co. sind zwar in ihrer radikalen Marktgläubigkeit erschüttert worden, **aber Orientierung, wie unsere Gesellschaft weiter entwickelt werden soll**, haben sie nicht zu bieten! Oder kann mir hier einer sagen, was für **Zukunftspläne Frau Merkel für diese Gesellschaft hat?**

Für mich steht fest: **CDU/CSU wählen heißt, sich für die Entstehung der nächsten Finanzkrise zu entscheiden.**

Dabei wäre jetzt die Zeit, um die **langfristigen Ursachen**, die mit zum Entstehen der Krise beigetragen haben, zu beseitigen: Unsere Antwort auf die Krise lautet: Wir brauchen eine neue **Balance von Markt und Staat.**

Fehlanreize innerhalb der Unternehmen – wie sie z. B. bisher durch überhöhte Bonuszahlungen für kurzfristige Erfolge an Manger bestanden – müssen weg. Denn die Zeche dafür zahlen am Ende die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben.

Dies alles kann nur gelingen, wenn wir einen **fairen internationalen Ordnungsrahmen schaffen**, in dem Regeln und Regulierung für alle Marktteilnehmer gelten. Wir müssen weiter Druck auf unsere europäischen und internationalen Partner ausüben, weil die Finanzmärkte nur international wirksam reguliert und beaufsichtigt werden können: Dazu gehört die **Beseitigung von Steueroasen** und die internationale **Stärkung von Verbraucherschutz** bei Finanzprodukten. Aber hier gewinnen **innerhalb der Union die Bremser schon wieder Oberwasser**. Ohne den unermüdlichen Druck von Peer Steinbrück, hätte die **Union Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung in Steueroasen** weiter auf die lange Bank geschoben.

Statt klare Kante zu zeigen, setzt die Union auf leere Steuersenkungsversprechen. Durch die Maßnahmen im Konjunkturpaket und das in der letzten Woche beschlossene Bürgerentlastungsgesetz werden **die Steuerpflichtigen alleine im laufenden Jahr um 16,5 Mrd. entlastet** [2010: 28 Mrd.]: Trotzdem verspricht die Union weitere massive Steuerentlastungen. Das einzig ehrliche daran ist, dass sie in ihren Ankündigungen nebulös bleibt.

Natürlich wollen auch wir Steuerentlastungen in großem Stil, wenn wir die dafür nötigen Spielräume haben. Aber wir sagen konkret: Wir wollen eine **Absenkung des Einkommenssteuersatzes auf 10%**. Denn davon profitieren besonders kleine und mittlere Einkommensbezieher [bis 52.882 Euro].

Unabhängig davon muss Politik mehr leisten als nur Steuerpolitik. Für uns Sozialdemokraten heißt ein wichtiges Ziel: **Gute Arbeit**. Das bedeutet: menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gleiche Augenhöhe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, **keine Ausbeutung am Arbeitsplatz, humane Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mitbestimmung, Weiterbildung und Aufstiegschancen**. Respekt vor gut gemachter Arbeit.

Die Konservativen und Marktliberalen sagen immer: „Leistung muss sich lohnen“. Der Satz stimmt aber erst, wenn er für alle gilt. Er stimmt erst, wenn Menschen, die hart arbeiten, auch vorwärts kommen und nicht auf unüberwindbare Hindernisse stoßen.

Und nicht zuletzt stimmt das Wort von der Leistungsgerechtigkeit erst dann, wenn die Einkommen gerechter verteilt sind, wenn alle gute Arbeit bei fairem Lohn haben. In einem wichtigen Bereich haben wir in den letzten Monaten trotz des anfänglichen Widerstands der Union einen ersten Schritt gemacht: Wir haben die Festsetzung **von Managergehältern** neu geregelt. Kern unseres Ansatzes ist es, mit verschiedenen Regeln dafür zu sorgen, dass Manager wieder den **langfristigen Erfolg für Unternehmen und Beschäftigte** im Blick haben und sich nicht von kurzfristigem Renditestreben in die Irre führen lassen.

Wie gesagt, wir haben einen ersten Schritt gemacht, zu mehr hat der Mut der Union nicht gereicht. Wir bleiben deshalb bei unserem Ziel, im Bereich der Bonuszahlungen und der Managerhaftung noch weiter zu gehen.

Das ist alleine schon deshalb richtig, weil am anderen – nämlich am unteren – Ende der Einkommensskala um jeden Cent gefeilscht werden muss: Wir haben der Union in einem sehr, sehr zähen Prozeß für mehrere Branchen die Zustimmung zu branchenbezogenen Mindestlöhnen abtrotzen können. Vor einiger Zeit trat das **neue Arbeitnehmer-Entsendegesetz** in Kraft. Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet dies, dass sich ihre Anstrengung im Beruf auch finanziell wieder lohnt.

Für rund vier Millionen Beschäftigte haben wir so die Voraussetzungen geschaffen, dass die Tarifparteien Mindestlöhnen für alle Beschäftigten festsetzen können und so Lohndumping verhindern können.

Aber gerade in einer Branche, in der Mindestlöhne ganz besonders wichtig wären, setzt die Union weiter auf Verweigerung mit allen Mitteln – bis hin zum Wortbruch: Gerade den Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche wollen CDU/CSU die so dringend gebrauchten Lohnuntergrenzen vorenthalten.

Deshalb sagen wir trotz der Teilerfolge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die jetzt von Mindestlöhnen profitieren: Solange es in Deutschland Armutslöhne gibt, werden wir – gemeinsam mit den Gewerkschaften – weiter den **gesetzlichen Mindestlohn** für alle fordern: Schließlich werden nach wie vor hunderttausende vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer so schlecht bezahlt, dass ihr geringer Lohn durch die Steuerzahler noch subventioniert werden muss.

Die **Gegner von Mindestlöhnen** – wie Frau Merkel – **versündigen sich also doppelt**: Sie machen sich erst zu **Komplizen von Ausbeutern** und bitten danach den **Steuerzahler für ihr politisches Versagen zur Kasse**. Denn jeder Euro, den sich ein Arbeitgeber durch Dumpinglöhne spart, muss später durch den Steuerzahler wieder draufgelegt werden. Jemanden erst vollzeit arbeiten zu lassen, um ihn dann mit einem Lohn nachhause zu schicken, der nicht zum Leben ausreicht, ist einfach schäbig.

Auch wenn es vielen noch an moralischer und ökonomischer Einsicht bei diesem Thema mangelt: Wir bleiben bei unserem Ziel: Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn für alle.

Ob wir den kriegern, hängt auch ganz wesentlich vom Ausgang der nächsten Wahlen ab.

Wir sollten uns deshalb nicht einlullen lassen: Bei den nächsten Wahlen stehen wichtige Weichenstellungen an. Die Mehrheitsverhältnisse danach werden darüber entscheiden, wie die **wichtigen Fragen unserer Zeit** beantwortet werden.

In dem Programm der SPD wird deutlich wie eine gerechte Lastenverteilung aussehen muss:

Wir wollen den **solidarischen Lastenausgleich in und nach der Krise**, und der besteht aus drei Elementen:

- Wir wollen **sehr hohe Einkommen stärker besteuern** (Anhebung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 47% ab einem zu versteuernden Einkommen von 125.000 Euro/Verheiratete 250.000 Euro). Wir betrachten diese zwei zusätzlichen Prozent als „Bildungssoli“, denn wir wollen sie für die Kinder ausgeben, für mehr Ganztagschulen, gebührenfreie Kinderhorte und Kindergärten und gesundes Schulesen. Das hilft jedem einzelnen Kind und ist eine Investition in die Zukunft. Die Schwarz-Gelben wissen zwar nicht, was sie wollen, aber dieses Vorhaben lehnen sie ab. Sie machen weiter nach der Devise: „Wenn jeder nur an sich selbst denkt, dann ist an jeden gedacht!“
- Wir dagegen sind der Meinung: Es müssen auch diejenigen einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten, die bislang vom zügellosen Finanzkapitalismus profitiert haben. Darum und zur Eindämmung kurzfristiger Spekulation wollen wir die Einführung einer **Börsenumsatzsteuer** (nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer in Höhe von 0,5 Prozent). Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass eine solche Steuer europaweit eingeführt wird.
- Wir wollen Steuerhinterziehung noch härter als bisher bekämpfen: In Deutschland werden jährlich viele Milliarden Euro an den Finanzämtern vorbeigeschleust – in Länder, die damit Geschäfte machen. Wir werden **Steuerhinterziehung entschlossen bekämpfen**. Über diese Punkte hinaus hat unser **Kanzlerkandidat** mit seinem „Deutschlandplan“ ein **überzeugendes Konzept** vorgelegt, wie er **unsere Gesellschaft und unser Wirtschaftssystem weiterentwickeln** will.

Teilweise wurde – ob aus Unwissenheit oder aus Boshaftigkeit, tut dabei nichts zur Sache – **so getan, als ob** Frank-Walter Steinmeier mal **eben im Vorbeigehen die Schaffung von 4 Millionen Arbeitsplätzen versprochen habe**. Das kann eigentlich nur jemand behaupten, der sich mit den Vorschlägen nicht einmal ansatzweise auseinandergesetzt hat.

Richtig ist, dass **Frank-Walter Steinmeier auf über 60 Seiten detailliert beschreibt, wo er Wachstums- und Entwicklungschancen für unsere Gesellschaft sieht**. Ausgehend von einer genauen Beschreibung, von dem was ist, zeigt er auf, welche Ziele er verfolgt, und legt dabei auch dar, welche Maßnahmen er zum Erreichen dieser Ziele ergreifen will:

1. Analyse der Lage; 2. Aufzeigen der Ziele; 3. Benennen der dafür notwendigen Maßnahmen - das nenne ich ein vernünftiges, verantwortungsvolles und analytisches Vorgehen! – Was es daran zu kritisieren gibt, ist mir schleierhaft!

Richtig ist: **Diese Analyse kommt auch zu dem Ergebnis**, dass in bestimmten Bereichen mit Wachstumschancen **neue, zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können**; dazu zählen beispielsweise Arbeitsplätze im Pflegebereich und im Bereich der Umwelttechnologie. Das sei unrealistisch, behaupten manche Kritiker. Nun – ich kann mich noch genau daran erinnern, dass dieselben **Kritiker** vor nicht allzu langer Zeit die Förderung **Erneuerbarer Energien kritisiert** und bspöttelt haben. Heute sprechen wir in diesem Zusammenhang über eine Branche, in der hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen

geschaffen wurden, und die erheblich zur Wertschöpfung in Deutschland beiträgt.

Im Zentrum des Deutschland-Plans steht also die „Arbeit von morgen“. **Unser Kanzlerkandidat ist eben nicht bereit, Massenarbeitslosigkeit auf Dauer hinzunehmen.** Denn Arbeit dient nicht nur dem Lebensunterhalt. Sie schafft Struktur fürs Leben und sichert den Menschen Anerkennung und Respekt. Eine demokratische Gesellschaft, die Massenarbeitslosigkeit akzeptiert, wird Schaden nehmen. Und ein Politikansatz, der nicht einmal den Anspruch hat, sich gegen das Phänomen der Arbeitslosigkeit zu stemmen, ist mut- und kraftlos. Deshalb hält Frank-Walter Steinmeier zu Recht am Ziel der Vollbeschäftigung fest.

[Bei Zweiflern: Stichwort „demographischen Entwicklung“].

Da bietet jemand ohne Umschweife Orientierung und zeigt mit Augenmaß auf, wohin es mit diesem Land gehen soll. Ich kann nicht erkennen, was daran schlecht sein soll.

Es ist doch offensichtlich, dass die Union und Frau **Merkel diesem Wettstreit der Ideen und Konzepte aus dem Weg wollen.** – Vielleicht um ihre eigene **Konzeptions- und Orientierungslosigkeit nicht eingestehen** zu müssen?

Frau Merkel und die Union mögen das vielleicht anders sehen; aber ich finde, Politik muss den Anspruch haben, Perspektiven aufzuzeigen und neue, realistische Konzepte vorzulegen! Wer nicht deutlich sagt, wo er hin will, bei dem ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass er oder sie am Ende sinnlos im Kreis herumläuft.

In den nächsten Wochen entscheiden wir alle darüber, wie es in unserem Land weiter gehen soll. Es geht um wichtige Weichenstellungen. Dabei wird es vor allem auch darum gehen, in **welchem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wir leben wollen.** Frank-Walter Steinmeier tritt zusammen mit der SPD für gerechte Entlohnung ein. Für Teilhabe aller an unserer Gesellschaft, indem allen Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung geboten werden. Für Arbeitnehmerrechte und die generelle Gleichberechtigung von Frauen. Kurz: Er steht für eine soziale und gerechte Gesellschaft, die sich im Sinne aller den Herausforderungen der Zukunft stellt.